

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Geschäftsbereich 2.1 - Soziales, Jugend und Integration
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Dr. Stefan Kühn 563 5922 563 8015 Stefan.Kuehn@stadt.wuppertal.de
	Datum:	25.02.2005
	Drucks.-Nr.:	VO/0292/05 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
25.02.2005	Rat der Stadt Wuppertal	Entscheidung
Resolution zu Hartz IV		

Grund der Vorlage

Die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe entspricht einer Forderung, die die Kommunen seit langen Jahren erhoben haben. Der durch das SGB II eingeschlagene Weg ist daher ein richtiger und notwendiger Ansatz.

Mit dieser Zusammenführung werden zwei getrennte soziale Sicherungssysteme zusammengeführt, um Doppelbürokratie abzubauen, Kompetenzen gebündelt, Leistungen aus einer Hand für die Bürgerinnen und Bürger angeboten und die Voraussetzung für einen Ausbau der Angebote der Beschäftigungsförderung geschaffen. Nicht zuletzt geht es aber auch um die strukturelle Entlastung der Kommunen von den Kosten von Dauer- und Massenarbeitslosigkeit.

Der Rat der Stadt Wuppertal bekräftigt den in unserer Stadt eingeschlagenen Weg, der geeignet ist die Chancen des Sozialgesetzbuches II zu nutzen und unterstützt insbesondere die dezentrale Organisationsstruktur. Ausdrücklich betont er die gute Kooperation mit der **örtlichen** Agentur für Arbeit.

In der praktischen Umsetzung werden allerdings zahlreiche Probleme immer deutlicher, die einen dringenden Handlungsbedarf nach sich ziehen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Wuppertal bittet die Gremien des Deutschen Städtetages, die Fraktionen im Landtag und Bundestag, die Bundesagentur für Arbeit sowie alle beteiligten Akteure, kurzfristig die derzeit leider wachsenden Probleme im Interesse der betroffenen Menschen zu lösen.

Der Handlungsbedarf bezieht sich insbesondere auf folgende Themen:

1. Beide Vertragspartner (Agentur für Arbeit und Kommune) sind **gleichberechtigte** Partner der Arbeitsgemeinschaft. Bei allen Problemen des Zusammenwachsens von unterschiedlichen Behörden, muss ein gleichberechtigtes und partnerschaftliches Miteinander im Vordergrund stehen. Nur so kann der Gesetzesauftrag zielgerichtet und effizient umgesetzt werden.
2. Öffentliche Debatten und öffentliche Schuldzuweisungen bei den derzeitigen Problemen sind wenig hilfreich und sollten daher unterlassen werden. Wir fordern alle Beteiligten auf, gemeinsam an den Problemlösungen zu arbeiten.
3. 20% der im Stellenplan vorgesehenen Stellen sind nicht besetzt. Obwohl Personalkosten bereit stehen hat die Bundesagentur bisher nicht die Freigabe für die Stellenbesetzung erteilt. Diese Stellen müssen sofort besetzt werden, um die gesetzlichen Aufgaben erledigen zu können.
4. Für die ARGE ist eine eigenständige Personal- und Organisationshoheit zu schaffen, um die örtlichen Gegebenheiten und Rahmenbedingungen zur Zielerreichung optimal nutzen zu können. Die unterschiedlichen Situationen müssen in den einzelnen Kommunen maßgeschneidert vor Ort beantwortet werden können.
5. Das Computer-System A2LL ist immer noch mit zahlreichen Mängeln behaftet, die kurzfristig ausgeräumt werden müssen. Dabei muss auch die Möglichkeit geschaffen werden, die örtlich sehr unterschiedliche Kundensteuerung nach den jeweiligen Rahmenbedingungen organisieren zu können.
6. Der Rat der Stadt bekräftigt seine Erwartung, dass das Land Nordrhein Westfalen die Ersparnisse durch den Wegfall des Wohngeldes an die Kommunen weiter leitet.

Unterschrift

Dr. Stefan Kühn